NORDAMERIKA 02.06.2020 | Keeanga-Yamahtta Taylor

# Explosion der Wut

## Nach dem Tod von George Floyd erschüttert eine Protestwelle die USA. Diese ist nicht nur eine Reaktion auf die Polizeigewalt im Land.

*Lesen Sie diesen Artikel auch auf Englisch oder Russisch.*

Das Leben in den Vereinigten Staaten kehrt zu einer Art Normalität zurück, und dazu gehört unvermeidlich, dass Polizisten einen unbewaffneten schwarzen Mann verhaften und töten, und dass die Menschen dagegen protestieren. Das Land folgt wieder seinem gewohnten Muster.

Diesmal traf es Minneapolis. Tausende von Menschen gingen auf die Straße, um gegen die Ermordung George Floyds durch einen Polizisten zu protestieren. Das Opfer lag in Handschellen auf dem Boden, während der Polizist ihm atemberaubende acht Minuten lang sein Knie auf den Hals drückte. Wiederholt rief Floyd um Hilfe, er könne nicht mehr atmen, und schrie nach seiner toten Mutter – aber dies wurde ignoriert. Vor einer in Abscheu versammelten Menge sahen drei andere Polizisten dabei zu. An dem Leben, das sie mit Gewalt auslöschten, waren sie offensichtlich nicht interessiert.

Politiker aus Minnesota prangerten die Brutalität an. Jacob Frey, der Bürgermeister von Minneapolis, sagte: „In Amerika schwarz zu sein, sollte keine Todesstrafe bedeuten." Andere, wie die Senatorin Amy Klobuchar, die unter Joe Biden Vizepräsidentschaftskandidatin werden könnte, drückten die in der Öffentlichkeit vorherrschenden Emotionen aus: Schock, Entsetzen, Aufklärungsversprechen und den Appell, die Ruhe zu bewahren. Die vier Polizisten wurden entlassen – was selten genug vorkommt.

Aber allein die Tatsache, dass George Floyd während einer Pandemie, der bereits jeder zweitausendste Afroamerikaner zum Opfer fiel, für das belanglose „Verbrechen" der Fälschung verhaftet wurde – ganz zu schweigen von seiner Ermordung – ist eine erschreckende Bestätigung dessen, dass schwarze Leben in den Vereinigten Staaten immer noch unwichtig sind.

*Das Coronavirus hat eine Schneise durch die schwarzen Gemeinschaften geschlagen.*

Die Reaktion der Demonstranten ganz unterschiedlicher Herkunft in Minneapolis, ist gut verständlich. (Schaut man genau hin, sieht man Hunderte weißer Teilnehmer: Auch sie nehmen die Ungerechtigkeiten wahr.) In diesem Frühling sind im schwarzen Amerika mindestens 23 000 Menschen an Covid-19 gestorben. Das Coronavirus hat eine Schneise durch die schwarzen Gemeinschaften geschlagen. So werden die tief verwurzelten sozialen Ungleichheiten, aufgrund derer die Afroamerikaner für die Seuche am anfälligsten wurden, noch verstärkt.

Dieser unglaubliche Verlust von Menschenleben fand statt, während die Einschränkungen am stärksten und die soziale Distanzierung am extremsten war. Was wird dann nur geschehen, wenn sich das Land trotz immer neuer Coronavirus-Infektionen wieder vollständig öffnet? Während die meist weißen Politiker versuchen, so schnell wie möglich wieder zum Normalzustand zurückzukehren, treten die Diskussionen über die verheerenden Folgen der Pandemie für die schwarze Bevölkerung in den Hintergrund – Folgen, die als „neue Normalität“ akzeptiert werden, mit der wir leben oder sterben müssen. Wenn es jemals in Frage stand, dass arme und geringverdienende Afroamerikaner entbehrlich sind, ist dies nun offensichtlich. Und klar ist auch, dass staatliche Gewalt nicht nur die Domäne der Polizei ist.

Die Wut auf der Straße wird nicht nur durch die höheren Sterberaten geschürt, sondern auch durch die bekannt gewordenen Fälle, in denen Afroamerikanern eine Behandlung verweigert wurde, weil Ärzte oder Pfleger ihren Beschwerden über ihre Symptome nicht glaubten. Genauso unerträglich ist die Annahme, Afroamerikaner hätten eine besonders schlechte Gesundheit und seien daher für ihren überdurchschnittlich häufigen Tod selbst verantwortlich.

Statt diese monumentale Krise dazu zu nutzen, die Ursachen für die hohe Sterblichkeit der schwarzen Bevölkerung zu beheben, machen die bewaffneten Handlanger des Staates mit ihrer kleinlichen, gedankenlosen Unterdrückung weiter. Selbst scheinbar harmlose Anordnungen zur sozialen Distanzierung werden als neue Entschuldigung dafür missbraucht, Afroamerikaner zu belästigen. In New York richten sich unglaubliche 93 Prozent der Corona-bedingten Verhaftungen gegen Schwarze. Und in Chicago sieht es ähnlich aus. Obwohl die Polizeibehörden im Namen der Gesundheit versprochen haben, weniger Menschen zu verhaften, um die Ausbreitung des Virus in den

Gefängnissen zu verhindern, bleiben die Afroamerikaner weiter in ihrem Fadenkreuz. Warum sonst wurde George Floyd wegen Fälschung verhaftet – einem „Armutsverbrechen“, das von verzweifelten Niedriglohnarbeitern begangen wird?

Als weiße, bis an die Zähne bewaffnete Demonstranten in Michigan und anderswo Politiker bedrohten, wurden sie vom Präsidenten als „sehr gute Leute“ gelobt und weitgehend in Ruhe gelassen. Sie sind es bestimmt nicht, die auf der Straße zu Tode erstickt werden. Als Minnesotas Gouverneur die Nationalgarde mobilisiert hatte, meinte der Präsident hingegen, diejenigen, die gegen die Brutalität der Polizei demonstrieren, könnten erschossen werden. Obwohl viele Politiker behaupten, mit der Wut der Straße zu sympathisieren, werden die Demonstranten in Minneapolis von der Polizei mit Tränengas und Gummigeschossen traktiert. Diese Doppelmoral ist einer der Gründe, warum die Stadt und das gesamte Land in Aufruhr sind.

***Statt diese monumentale Krise dazu zu nutzen, die Ursachen für die hohe Sterblichkeit der schwarzen Bevölkerung zu beheben, machen die bewaffneten Handlanger des Staates mit ihrer kleinlichen, gedankenlosen Unterdrückung weiter.***

Die Wut, die auf den Straßen explodiert, reicht weitaus tiefer als die offensichtliche Scheinheiligkeit, mit der weiße, konservative Demonstranten anders behandelt werden als eine vielrassige Menschenmenge, die gegen die Brutalität der Polizei protestiert. Allein in den letzten paar Wochen gab es den auf Video aufgenommenen Mord an Ahmaud Arbery in Georgia, die hinterhältige Erschießung von Breonna Taylor durch die Polizei von Louisville und die Ermordung von Tony McDade, einem schwarzen Transmann, durch Polizisten in Tallahassee, Florida.

Diese Fälle wurden ignoriert, bis die Nation durch den öffentlichen Aufschrei zum Hinschauen gezwungen wurde – auch wenn die Menschen aufgrund von Ausgangssperren auf die Nachrichten angewiesen waren. Währenddessen holte eine weiße Frau im Central Park die Polizei, weil sie von einem schwarzen Mann gebeten wurde, ihren Hund an die Leine zu nehmen. Welche Folgen ein solcher Polizeiruf haben könnte, sehen wir an der Ermordung von George Floyd.

Aber was die wütenden Protesten in Minneapolis und im ganzen Land auch verdeutlichen, ist das Gefühl, dass der Staat entweder mit allem einverstanden oder unfähig ist, grundlegend etwas zu verändern. Während der angehende Präsidentschaftskandidat der Demokraten witzelt, Afroamerikaner, die nicht für ihn stimmten, seien nicht schwarz, scheint sich die Krise in den schwarzen Gemeinschaften zuzuspitzen –

zeitgleich mit der fast täglichen Polizeigewalt oder anderen repressiven Ausbrüchen staatlicher Macht. Joe Biden dachte wohl, mit seinem Witz könne er seinen „Insider-Status“ bei schwarzen Wählern betonen. Stattdessen erschien seine Annahme, er habe unter jungen Schwarzen oder Afroamerikanern der Arbeiterklasse einen Stein im Brett, als arrogant. Er klang wie jeder andere gutbetuchte Politiker, der die enormen Probleme noch nicht erkannt hat.

Dieser gleichzeitige Zusammenbruch von Politik und Regierung hat die Menschen gezwungen, auf die Straße zu gehen – zum Nachteil ihrer Gesundheit und der Gesundheit anderer –,um die grundlegendsten Lebensbedürfnisse einzufordern, einschließlich des Rechts, frei von Belästigung oder Mord durch die Polizei zu sein.

Was sind die Alternativen zum Protest, wenn der Staat seine grundlegenden Aufgaben nicht erfüllen kann und wenn gesetzlose Polizisten wegen Verbrechen, die für reguläre Bürger zu einer jahrelangen Haftstrafe  führen würden, selten auch nur eine Verwarnung bekommen? Wenn man innerhalb des Systems keine Gerechtigkeit erreichen man, muss man nach anderen Mitteln suchen, um es zu ändern. Das ist kein Wunsch, aber es ist eine Vorahnung.

*Überall, wo Afroamerikaner hinschauten, war der Staat nicht nur unempfindlich gegen ihr Leiden, sondern auch ein Teil des Verbrechens.*

Die Zusammentreffen dieser tragischen Ereignisse – eine Pandemie, bei der schwarze Menschen überproportional getötet werden, das Versagen des Staates, schwarze Menschen zu schützen, und die Verfolgung schwarzer Menschen durch die Polizei – hat bestätigt, was die meisten von uns bereits wissen: Wenn wir und diejenigen, die an unserer Seite stehen nicht zu unserem eigenen Schutz aufstehen, dann wird es eine offizielle Einheit niemals tun. Junge Schwarze müssen die Quetschungen und Schmerzen ertragen, die durch Gummigeschosse oder das scharfe Brennen von Tränengas verursacht werden, weil die Regierung uns im Stich gelassen hat. „Black Lives Matter“ wird nur Realität, weil wir es erzwingen werden.

Dies ist nicht neu in unserer Geschichte. Nach dem Zweiten Weltkrieg sahen die Afroamerikaner in den Städten die Widersprüche einer Gesellschaft, die einen Mann auf den Mond brachte, während Ratten nachts schwarze Kinder in ihren Krippen malträtierten. Die Bundesregierung unterstützte die minderwertigen Wohnungen, in die

Afroamerikaner auf Grund der Wohnsegregation versetzt wurden. Überall, wo Afroamerikaner hinschauten, war der Staat nicht nur unempfindlich gegen ihr Leiden, sondern auch ein Teil des Verbrechens.

Dies war die Quelle der schwarzen Aufstände, die in den 1960er Jahren die Städte im ganzen Land erfassten, genau wie die Bürgerrechtsbewegung im Süden. Das Versäumnis des Staates, auch nur einen Bruchteil von dem zu liefern, was Afroamerikaner verlangten, ließ Hunderttausende die Dinge selbst in die Hand nehmen. Es war damals und ist heute egal, ob die weiße Gesellschaft zustimmt oder ablehnt. Was zählte, war, dass formale Mechanismen für den sozialen Wandel nicht funktionierten und Afroamerikaner dazu zwangen, selbst zu handeln.

Vor sechs Jahren haben die Proteste in Ferguson, Missouri, die Voraussetzungen für den Aufstieg der Black Lives Matter-Bewegung geschaffen, die auf ähnlichen sozialen Missverhältnissen beruht. Es war paradox, dass diese neue Bewegung im Schatten des ersten afroamerikanischen Präsidenten des Landes und der Anwesenheit von mehr Afroamerikanern im Kongress als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt in der Geschichte entstand. Und doch konnte die Anhäufung dieser schwarzen politischen Macht die alltägliche Brutalität der Polizei nicht aufhalten. Genauso wie sie den Zusammenbruch des schwarzen Wohneigentums nicht aufhalten konnte, die Ausweitung des Wohlstandsgefälles oder die Lawine der Studentendarlehensschulden, mit denen die Kreditauskünfte der schwarzen Millennials gespickt sind.

Es spielte keine Rolle, ob die Erwartungen zu groß für das waren, was ein schwarzer Präsident erreichen konnte. Was zählte, war, dass Afroamerikaner protestierten und Dinge in ihre eigenen Hände nahmen, als die Regierung es nicht schaffte, das Leben der Menschen wesentlich zu verändern. Black lives matter.

*Aus dem Englischen von Harald Eckhoff*

*(c) The New York Times*



**Keeanga-Yamahtta Taylor**
Philadelphia

Keeanga-Yamahtta Taylor ist Assistenzprofessorin für Afroamerikanistik an der Princeton University und Autorin von *From #BlackLivesMatter to Black Liberation*.

-